

# «Das Unispital muss jetzt handeln»

**Personalmangel** Gewerkschaft kritisiert, dass die Spitalleitung die Überlastung auf der Chirurgie 6.2 lange ignorierte

VON MICHAEL NITTAUS

Auf der Bettenstation 6.2 der Chirurgie des Universitätsspitals Basel (USB) ist das Pflegepersonal am Anschlag. Wie diese Zeitung am Samstag publik machte, sind die dort arbeitenden diplomierten Pflegefachfrauen, Fachangestellten Gesundheit (FaGe) und Pflegeassistentinnen völlig überlastet. Dies weil die Abteilung chronisch unterbesetzt sei, neu Angestellte rasch wieder flüchteten und Lücken oft mit schlecht eingearbeiteten Temporärkräften gestopft würden. Nun zeigt sich, seit Kurzem hat sich auch der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) der Sache angenommen. Im Interview verliert die fürs Spitalpersonal zuständige Vanessa von Bothmer klare Worte.

**Frau von Bothmer, unter dem Titel «Chaos auf der Chirurgie» zeigte diese Zeitung auf, wie sich mehrere Angestellte des Unispitals über die personell prekären Zustände auf der Abteilung 6.2 beklagen. Was sagt der VPOD dazu?**

**Vanessa von Bothmer:** «Chaos» ist ein grosses Wort. Aber tatsächlich gibt es auf dieser Abteilung, die sich um urologische, plastisch-chirurgische und handchirurgische Fälle kümmert, ernsthafte Probleme. Der Stress für das Pflegepersonal ist massiv, der Druck gross, es muss viele Überstunden leisten und wegen der ständigen Wechsel ist eine hohe Flexibilität gefordert. Das einzig Positive ist, dass dies für den Patienten noch nicht sichtbar ist, da die Angestellten alles daran setzen, dass die Pflege weiter funktioniert. Denn würde es auf die Patienten ausstrahlen, müsste das USB zwingend einige der 36 Betten der Station abbauen.

**Sind auch schon Angestellte direkt zu Ihnen gekommen?**

Wir haben erst vor zwei Wochen davon erfahren, weil ehemalige Angestellte uns informiert hatten. Darauf trafen wir uns mit einigen, die aktuell noch auf der 6.2 arbeiten und seither hat sich ein harter Kern von vier Personen etabliert, der aber im Namen der ganzen Station mit uns spricht. Diese Einigkeit ist wichtig, um Druck aufzubauen. Auch dass der VPOD als externe Kraft nun involviert ist, hilft.

**Wo orten Sie die grössten Probleme?**



«Beim Nachtdienst müssen Diplomierte praktisch eine Schicht durcharbeiten», sagt Vanessa von Bothmer.

KENNETH NARS

Das grösste Problem ist der Nachtdienst. Hier tragen die diplomierten Pflegefachfrauen besonders viel Verantwortung, da noch weniger Unterstützung als tagsüber da ist und die Temporärkräfte kaum helfen können. Das führt dazu, dass die Diplomierten fast keine Erholungspausen erhält und praktisch eine Schicht durcharbeiten muss.

**Wie konnte es überhaupt so weit kommen? Das USB ist doch ein professioneller Betrieb.**

Was all diese Probleme auf der Abteilung letztlich ausgelöst hat, weiss ich wirklich nicht. Wir von der Gewerkschaft werden meist erst gerufen, wenn es schon brennt. Doch irgendwie ist die 6.2 in einer Abwärtsspirale gefangen, in die sie langsam reingerutscht ist: Zunehmende Personallücken ergeben mehr Überstunden, Druck und Stress für die Verbliebenen. So nimmt die Unzufriedenheit zu und neu Angestellte bleiben

nicht lange, die Fluktuation steigt. Es ist bezeichnend, dass es sonst am Unispital viel Personal gibt, das schon seit Jahren oder Jahrzehnten dort arbeitet. Auf der 6.2 gibt es kaum noch «Alteingesessene». Auch das ist ein Verlust.

**Betrifft die Unterbesetzung nur die 6.2 oder weitere Abteilungen?**

Natürlich herrscht zurzeit im gesamten Gesundheitssektor ein gewisser Personalmangel, doch so ausgeprägt wie auf dieser Abteilung ist er am Unispital sonst nirgends.

**Einige Angestellte nannten das Administrationssystem «Lean Management», das 2014 als erstes auf der 6.2 eingeführt wurde, die «Wurzel allen Übels»?**

Ich glaube nicht, dass das System an sich Schuld ist. Doch weil zu wenig Personal vorhanden war, konnte es gar nie wie geplant umgesetzt werden. Statt

überlappend mit fünf Schichten pro Tag zu fahren, wurde auf drei Schichten reduziert. Dadurch gibt es keinerlei Übergangszeiten, während denen die Arbeit an den Nächsten ordentlich übergeben werden kann. Das kann nicht funktionieren.

**Die USB-Leitung gab sogar zu, dass nicht immer alle Sollstellen besetzt werden können. Nehmen Sie das als Zeichen, dass sich nun etwas ändert? Ich hoffe wirklich, dass die Spitalleitung nun erkannt hat, dass sich etwas ändern muss. Sie muss jetzt handeln.**

**Da spüre ich aber noch Skepsis ...** Die Stationsleitung der 6.2 hat schon vor einem halben Jahr auf die Probleme aufmerksam gemacht und geschehen ist wenig. Ich glaube zwar, dass die Spitalleitung um Direktor Werner Kübler zuhört, doch das Personal hat nicht das Gefühl, dass man es ernst nimmt.

**Was das USB abstreitet, ist, dass es sich um eine chronische Unterbesetzung handelt. Es nennt vorübergehende Gründe wie die Grippewelle oder Schwangerschaften.**

Die Unterbesetzung gibt es schon seit einhalb Jahren! Sie hat sich - vom USB ungewollt - langsam zugespitzt.

**Das Personal fordert eine Aufstockung des Stellenschlüssels. Das Unispital lehnt dies ab. Was ist die Haltung des VPOD?**

Das oberste Ziel muss nun sein, jene Stellen, die offen sind, wieder ordentlich zu besetzen. Ob es darüber hinaus noch eine Aufstockung braucht, kann man erst beurteilen, wenn der Betrieb unter Vollbesetzung läuft.

**Was sagen Sie zur Strategie, die Lücken mit Temporärkräften zu füllen?**

Das ist an sich normal. Das Problem ist, dass die Temporären, die von Aussen rekrutiert werden, die Abläufe nicht kennen und zurzeit aus Datenschutzgründen oft keinen Zugang zum elektronischen Patientensystem haben. Somit sind sie nicht sofort zu 100 Prozent einsetzbar, was dringend nötig wäre. Kommt hinzu, dass es verständlicherweise intern nicht gut ankommt, dass die Temporären mit einem Stundenlohn von 35 bis 50 Franken besser entlohnt werden, als so manche Festangestellte.

**Was schlagen Sie vor?**

Wenn es eine Personalaufstockung braucht, dann beim internen Springerpool des USB. Dann könnte man statt externe Temporärkräfte Leute aus dem eigenen Betrieb länger fest auf der Abteilung 6.2 einplanen, bis die Stellen wieder regulär besetzt sind.

**Wie geht der VPOD nun weiter vor? Sind Protestaktionen geplant?**

Aktionen planen wir immer nur zusammen mit dem Personal, nie alleine. Schliesslich steht für uns der Schutz der Angestellten zuoberst. Beim Unispital setzen wir vorerst weiter auf Gespräche. Dazu erarbeitet die Kerngruppe der 6.2 eigene Lösungsvorschläge, wie die Fluktuation wieder sinken oder man Temporäre besser einbinden kann. Diese wollen wir dann schnellstmöglich der Spitalleitung vorstellen. Leider braucht das natürlich Zeit - etwas, das die überlasteten Angestellten ja eben gerade nicht haben.

## GASTKOMMENTAR zur Debatte um die Finanzierung der Universität Basel

### Universität Basel - kein partnerschaftliches Geschäft

Der Landrat hat sich am 23. Februar in einer Grundsatzdebatte im Wesentlichen zur Uni Basel bekannt. 2004 hatte Basel-Stadt grosse finanzielle Probleme und man überlegte sich, die Uni zu redimensionieren. Die Frage, ob sich Baselland an der Uni beteiligen könnte, wurde vom damaligen FDP-Finanzdirektor Adrian Ballmer mit einer unerwarteten Beteiligungsofferte beantwortet. Die SVP warnte schon damals vor den finanziellen Folgen dieser ruinösen Vereinbarung. Vergebens. Die Stimmbürger erlagen den Versprechungen und stimmten dem Vertrag zu. Wenn wir heute unter ähnlichen Voraussetzungen diese Finanzierungsbeteiligung infrage stellen, ist dies legitim. Baselland gehört - ohne Hochschulkanton zu sein - zu den fünf Kantonen mit den höchsten Universitätsausgaben. Zahlte Baselland zu Beginn einen Beitrag von 127 Millionen, so sind es heute rund 170 Millionen, eine Steigerung von 30 Prozent. Wer von Bildungsabbau spricht, vergisst, dass Baselland Investitionen in den Neubau Biozentrum und Biomedizin sowie in das ETH-Tropeninstitut von insgesamt über 265 Millionen gesprochen hat.

Im Herbst 2015 hat die SVP mit der Diskussion um die Kündigung der Univerträge die Diskussion lanciert und die wesentlichen



**Hanspeter Weibel**  
Der Autor ist SVP-Landrat und lebt in Bottmingen.

Forderungen formuliert. Erfreulich ist, dass die FDP mittlerweile zu einem ähnlichen Schluss gekommen ist. Von der Uni fordern wir eine Fokussierung des Bildungsangebots, vermehrte Drittmittelbeschaffung und Erhöhung der Stundengebühren. Wir haben klare Vorstellungen, wie dies umgesetzt werden müsste, überlassen es aber der Uni, Schwerpunkte und Umfang zu definieren.

Vom Regierungsrat fordern wir, dass die Leistungsvereinbarung kongruent zur Finanzierungsvereinbarung formuliert wird, die Immobilienvereinbarung angepasst/gelöst wird und die Baselbieter Vertreter im Unirat verpflichtet werden, die Interessen des Kantons und nicht der Uni zu vertreten. Der Unirat ist ebenso wenig partnerschaftlich angelegt wie das übrige Vertragskonstrukt. Zwar sind je vier Vertreter aus Basel-Stadt und Baselland im Unirat; der Präsident jedoch wird seit Bestehen des Vertrages von Basel-Stadt gestellt.

Der zentrale und wichtigste Punkt ist jedoch unsere Forderung nach einem dynamischen Finanzierungsschlüssel, der sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kantone orientiert, etwa am Pro-Kopf-Steuerertrag (2014: BS 13 330 Franken/Kopf; BL 5 723 Franken/Kopf). Ent-

scheidend ist aber auch, dass die Finanzierung der Unis schweizweit überdacht, die IUV-Beiträge\* angepasst und insbesondere die Beiträge des Bundes für ausländische Studierende erhöht werden.

Es trifft zu, ist aber irrelevant, dass an der Uni Basel mehr Baselbieter (21%) als Basler (17%) eingeschrieben sind. 62 Prozent aller Studierenden kommen nicht aus den beiden Basel, sondern aus dem Ausland (24%), aus den Kantonen Aargau und Solothurn (17%) sowie aus der übrigen Schweiz (22%). Baselland würde gemäss IUV für seine Studierenden an der Uni Basel 40 Millionen bezahlen müssen. Wir zahlen aber 169 Millionen, das heisst, mit der Beteiligung am Restdefizit der Uni übernehmen wir auch die ungedeckten Kosten aller übrigen Studenten. Wie man dazu kommen kann, ein derartiges Ungleichgewicht als partnerschaftliches Geschäft zu bezeichnen, entzieht sich meinem Verständnis.

Es ist legitim, diesen Vertrag nach zehn Jahren einer Überprüfung zu unterziehen und aufgrund der Erfahrungen Anpassungen zu fordern. Das Budget der Uni beträgt rund 700 Millionen; hier nach einer Wachstumsphase eine Reduktion von 10 bis 15 Prozent zu verlangen, ist nicht übertrieben. Andere Unis haben bewiesen,

dass ein Studierendenwachstum nicht mit einer gleichgerichteten Erhöhung der Kosten einhergehen muss. Diese Massnahmen ergeben konservativ eine Reduktion des Defizits für Baselland von 30 Millionen. Hinzu kommt ein neuer Verteilungsschlüssel (2/3 zu 1/3), eine weitere Entlastung für Baselland von 25 Millionen. Die Kündigung der Immobilienvereinbarung bringt weitere zehn Millionen, sodass kurzfristig eine Entlastung von 65 Millionen möglich ist. Mittel- bis langfristig muss eine Neuordnung der IUV-Gebühren dazu führen, dass Baselland nicht auch noch die Restdefizite der Studierenden aus dem Ausland und den übrigen Kantonen mittragen muss. Baselland befindet sich in einer guten Verhandlungsposition. Wir zahlen viermal höhere Beiträge für unsere Studierenden als wir müssten; Basel-Stadt will von uns Geld. Dass wir, um dieser Verpflichtung nachzukommen, bei uns nicht nur sparen, sondern sogar die Steuern anheben sollen, ist absolut falsch. Wir fordern unsere Regierung auf, selbstbewusst zu verhandeln.

\*Die Interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV) vom 20. Februar 1997 regelt den gleichberechtigten interkantonalen Zugang zu den Universitäten und die Abgeltung der Kantone an die Universitätskantone.